



Anfrage

Gemäß § 16 Abs. 1 GO der Stadtverordnetenversammlung Rödermark i.V.m. § 50 Abs. 2 HGO



Datum: 15.01.2022

Antragstellerin: FDP-Fraktion

Verfasser/-in: Dr. Rüdiger Werner
Sebastian Donners

Stand der Umsetzung von Beschlüssen im Bereich Landschafts- und Grünflächenpflege

Beratungsfolge:

Datum:
08.02.2022

Gremium:
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt

Am 19. Februar 2021 wurde von der Stadtverordnetenversammlung der interfraktionelle Antrag „Grünflächenpflege in Rödermark nach ökologischen Kriterien“ beschlossen. In den letzten beiden Monaten wurde wiederholt von Bürgern beobachtet, dass bei der Grünflächenpflege weiterhin großflächig Laubsauger und Laubbläser zum Einsatz kommen und damit Grünflächen „klinisch rein“ gepflegt werden. Einige Flächen werden seit einiger Zeit von Grünpaten oder der Aktion „Natur zurück in die Stadt“ nach ökologischen Kriterien gestaltet und gepflegt. Zum wiederholten Male ist es nun jedoch vorgekommen, dass diese Flächen im städtischen Auftrag „gepflegt“ wurden. Nun sind sie wieder klinisch rein, die Bürgerprojekte sind um mindestens ein Jahr zurückgeworfen, eingesetzte Spendengelder sind „weggepflegt“ worden. Am 06. Juli 2021 wurde der Antrag: „Gremium für Landschaftspflege, Umwelt und Naturschutz“ einstimmig beschlossen.

Die FDP-Fraktion fragt vor diesem Hintergrund gemäß § 16 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark in Verbindung mit § 50 Absatz 2 der Hessischen Gemeindeordnung an:

- 1) Wie ist der aktuelle Sachstand der Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 19. Februar 2021 „Grünflächenpflege nach ökologischen Kriterien“?
- 2) Ein wichtiger Punkt in der Liste der möglichen Maßnahmen als Teil des Beschlusses war „Schulungen von Personal (Betriebshof, Friedhof, Kitas), damit die Gründe für die Umstellung verstanden und auch weitergegeben werden kann.“ Wurden bereits Mitarbeiter in Hinsicht auf eine ökologische Grünflächenpflege geschult? Wenn ja: In welcher Form und durch wen? Falls nein: wann sind solche Schulungen, insbesondere für Mitarbeiter des Bauhofes, vorgesehen?
- 3) Was plant der Magistrat zu unternehmen, damit solche Fälle wie in der Kollwitzstraße oder in Urberach, wo die Stadt eigentlich die Pflege an Bürger abgetreten hat und diese nur auf deren Nachfrage unterstützt, nicht wieder vorkommen?
- 4) Wie ist der Stand der Vorbereitungen, ein Gremium für Landschaftspflege, Umwelt und Naturschutz zu schaffen? Wann ist mit der ersten Einberufung dieses Gremiums zu rechnen?